



Kreis Mettmann  
Der Kreistag

Sozialausschuss

---

|                    |                                       |
|--------------------|---------------------------------------|
| Es informiert Sie: | Melanie Mellinghaus                   |
| Telefon:           | 02104/99-2102                         |
| Fax:               | 02104/99-5133                         |
| E-Mail:            | melanie.mellinghaus@kreis-mettmann.de |

Mettmann, den 18.09.2012

### **Niederschrift**

zur Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin Montag, den 10.09.2012, 15:04 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

#### **Vorsitz**

Michael Pätzold

#### **Mitglieder**

Eleonore Altvater

Inge Ganteführ

Monika Hustädt

Dr. Uwe Koppe

Moritz Körner

Gertrud Laßmann

David A. Lungen

Marianne Münnich

Ulrike Nessler-Mannheim

Reinhard Ockel

Sybille Schettgen

Stephan Schnitzler

Margret Stolz

Elke Thiele

Christine Trube

Annegret Verbeek

#### **Verwaltung**

Marco Bruns

Ulrike Gansauer

Rainer Krause

Melanie Mellinghaus

Thomas Müller

Martin M. Richter

**Gäste**

Martina Würker

**Tagesordnung**

**Öffentlicher Teil**

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 21.05.2012
3. Informationen der Verwaltung
4. Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv 50/022/2012
5. Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes 50/025/2012
6. Aktivierung gem. § 11 Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) 50/026/2012
7. Psychosoziale Betreuung gem. § 16a Nr. 3 SGB II 50/020/2012  
- Erweiterung der Durchführung und Finanzierung der psychosozialen Betreuung (psB) als kommunale Eingliederungsleistung nach § 16a SGB II
8. Programm "ALTERnativen60plus" Pflegestützpunkt im Kreis Mettmann 50/028/2012
9. Kommunales Integrationszentrum 50/029/2012  
- Sachstand
10. Geänderte Rahmenbedingungen Pflegebedarf Heimplätze 50/024/2012
11. Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu den Konsequenzen aus dem Urteil des Bundessozialgerichts vom 16.05.2012 50/030/2012
12. Nachträge
- 12.1. Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 03.09.2012 zum Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung im Kreis Mettmann 50/031/2012

### **Nicht öffentlicher Teil**

13. Informationen der Verwaltung
14. Rechtsstreit in Angelegenheiten der ARGE/des Jobcenter ME-aktiv 50/021/2012
15. Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt über die überörtliche Prüfung des Kreises Mettmann von August 2010 bis Mai 2011 -Teilbericht Soziales- 50/023/2012
16. Nachträge

### **Öffentlicher Teil**

|                                     |
|-------------------------------------|
| <b>Zu Punkt 1:        Formalien</b> |
|-------------------------------------|

Der Vorsitzende, KA Pätzold eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Insbesondere begrüßt er Herrn Körner als neues ordentliches Mitglied im Sozialausschuss und Nachfolger von Frau Langer. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die erweiterte Tagesordnung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit fest. Ebenso begrüßt er als Gäste die Vertreter der Wohlfahrtsverbände sowie die Personalvertreter des Jobcenters.

Zu TOP 6 – Aktivierung gem. § 11 Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) wird KA Münnich als Berichtserstatte(r)in für den Kreistag benannt.

Neben den ordentlichen Mitgliedern sind folgende Vertreter erschienen:

KA Laßmann für Herrn Kaiser  
KA Münnich für Herrn Oexmann  
KA Ganteführ für KA Diedrich

|                                                                                         |
|-----------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Zu Punkt 2:        Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 21.05.2012</b> |
|-----------------------------------------------------------------------------------------|

Die Niederschrift vom 21.05.2012 wird einstimmig genehmigt.

|                                                        |
|--------------------------------------------------------|
| <b>Zu Punkt 3:        Informationen der Verwaltung</b> |
|--------------------------------------------------------|

Herr Kreisdirektor Richter informiert über das Gemeinschaftsprojekt „Integration und Prävention – Stärkung der Gemeinwesenarbeit in Ratingen West“ der Kreispolizeibehörde, der Stadt Ratingen und des Kreises Mettmann. In der Sitzung des Sozialausschusses am 09.02.2012 wurde darüber informiert, dass das Gemeinschaftsprojekt zum 31.07.2012 auslaufen wird. Zur Weiterführung dieses Projektes hat der Ausschuss einstimmig die Weiterförderung mit einem jährlichen Festbetragszuschuss in Höhe von 35.000 € für die Dauer von 2 Jahren beschlossen. Weiter berichtet Herr Kreisdirektor Richter, dass der Rat der Stadt Ratingen in seiner Sitzung am 14.02.2012 ebenfalls der Weiterführung des Projektes einstimmig zugestimmt hat. Er hält fest, dass in einer der nächsten Sitzungen des Sozialausschusses der Abschlussbericht der Stadt Ratingen, nachdem er die politischen Gremien durchlaufen hat, vorgelegt wird.

|                    |                                                                               |
|--------------------|-------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Zu Punkt 4:</b> | <b>Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv<br/>- Vorlage Nr. 50/022/2012</b> |
|--------------------|-------------------------------------------------------------------------------|

Die Geschäftsführerin des Jobcenters Frau Würker erläutert den Stand der Zielerreichung für den Berichtsmonat Juli 2012. Sie bedankt sich bei Herrn Landrat Hendele und Herrn Kreisdirektor Richter für die Bereitschaft, 17 vakante Stellen zu besetzen.

Herr Kreisdirektor Richter erläutert den Personalmehrbedarf und stellt fest, dass nach derzeitiger Erlasslage in NRW Kommunen im Nothaushalt grundsätzlich kein zusätzliches Personal für die Jobcentren zur Verfügung stellen dürfen. Auch wenn der Kreis schuldenfrei ist damit der Erlass nicht unmittelbar Anwendung findet, muss auf die teilweise desolate Haushaltssituation einiger Städte Rücksicht genommen werden. Das langfristige Ziel der Kommunen ist, nur in dem Umfang Personal für das Jobcenter vorzuhalten, wie es der Aufgabenverteilung zwischen der Bundesagentur und den Kommunen entspricht. Zurzeit übernimmt der Bund 84,8 % der Kosten, 15,2 % entfallen auf die Kommunen.

Der Kreis hat sich aber dennoch entschlossen, im Rahmen seiner Möglichkeiten dem enormen Personalmangel im Jobcenter zu begegnen. Da in letzter Zeit mehrere Kolleginnen und Kollegen von ihrem Rückkehrrecht zum Kreis oder den kreisangehörigen Städten Gebrauch gemacht haben und die BA gehindert ist, hier Nachbesetzungen vorzunehmen, hat der Kreis die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass allein die durch Rückkehr zum Kreis vakant gewordenen 17 Stellen besetzt werden können. Die extern einzustellenden Beschäftigten erhalten zunächst befristete Arbeitsverträge.

Abschließend weist Herr Kreisdirektor Richter darauf hin, dass unabhängig davon, ob der Bund oder der Kreis die Einstellungen vornimmt, die gleiche Kostenverteilung bei den Personalkosten (84,8 % zu 15,2%) vorgenommen wird und aus diesem Grunde der Kreishaushalt nicht zusätzlich belastet wird.

KA Schnitzler bedankt sich für die Darstellung. Er hält jedoch Aussagen zu Entwicklungen z. B. der Bedarfsgemeinschaften, der Kosten der Unterkunft und Leistungen zur Sicherung des Unterhaltes für die Kreispolitik und die politische Steuerung für erheblicher als die bisher dargestellten Soll-Ist Vergleiche.

Frau Würker bedankt sich für die Anregungen und wird dies im nächsten Bericht berücksichtigen.

Frau Verbeek bittet in diesem Zusammenhang darum ebenfalls die Branchen aufzuführen, in die überwiegend vermittelt wird.

Der Bericht zum Stand der Zielerreichung ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Geschäftsführung des Jobcenters ME-aktiv zur Kenntnis.

|                    |                                                                                  |
|--------------------|----------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Zu Punkt 5:</b> | <b>Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes<br/>- Vorlage Nr. 50/025/2012</b> |
|--------------------|----------------------------------------------------------------------------------|

KA Schettgen weist auf das „BuT-Büro“ in Velbert hin. Sie hätte sich gewünscht, dass die sehr guten Flyer der Stadt Velbert ebenso als Beispiel der Vorlage beigelegt worden wären.

KA Ockel bedankt sich für die bisherige gute Arbeit. Er führt aus, dass die Bemühungen nicht nachlassen dürfen. Besonders Menschen mit Migrationshintergrund müssten noch besser erreicht werden. Hier ist noch Potenzial vorhanden. In diesem Zusammenhang lobt er die Bemühungen die Flyer und Antragsunterlagen auch in Fremdsprachen zu übersetzen. Er wünscht sich, dass auch künftig im Sozialausschuss über das Bildungs- und Teilhabepaket (BTP) berichtet wird.

KA Laßmann wünscht sich aktualisierte Zahlen. Der Anteil der Lernförderung ist aus ihrer Sicht zu gering. Eine Bewilligung der Lernförderung sollte nicht nur bei Versetzungsgefährdungen in Betracht kommen.

KA Schnitzler bezeichnet das BTP als Bürokratiemonster, für das hohe Personalkosten entstehen. Die Schulsozialarbeit ist aus seiner Sicht stark auf die Akquise von Leistungsempfängern ausgerichtet. Sie sollte auch weitere Aufgaben, etwa Vernetzung und sozialarbeiterische Tätigkeiten, umfassen. Fraglich ist für ihn auch, ob und wie die Schulsozialarbeit über 2013 hinaus fortgeführt wird.

Herr Kreisdirektor Richter führt aus, dass Lernförderung nach dem BTP in Kindertageseinrichtungen aufgrund der gültigen Gesetzes- und Erlasslage unzulässig ist. Er stellt die alte Erlasslage dar, wonach Lernförderung nur bei drohender Versetzungsgefährdung gewährt werden konnte und macht deutlich, dass sich diese zum Schuljahr 2012/2013 ändern wird. Dadurch kann eine Gewährung von Lernförderung zukünftig ausgeweitet werden.

Zur Frage von KA Schettgen führt er weiterhin aus, dass der Flyer der Stadt Heiligenhaus der Vorlage nur beispielhaft beigelegt wurde und dem Kreissozialamt diverse andere Flyer und Informationsmaterialien vorliegen.

Frau Würker teilt dem Sozialausschuss mit, dass das Jobcenter zurzeit an einem einheitlichen und bürgerfreundlichen Bewilligungsbescheid arbeitet. Dazu werden die Geschäftsstellen von 2 Mitarbeitern aufgesucht.

Frau Verbeek erkundigt sich nach der Anzahl der Leistungsberechtigten sowie der Anzahl der Ablehnungen. Ebenso erkundigt sie sich welche Qualifikationsvoraussetzungen für die Schulsozialarbeiter bestehen.

Herr Kreisdirektor Richter teilt in diesem Zusammenhang mit, dass vom Kreis ausschließlich Personalkosten für qualifiziertes Personal, i. d. R. Sozialarbeiter/innen erstattet werden. Die Städte sind verpflichtet worden, Kurzkonzepte zur Schulsozialarbeit vorzulegen, die auch Qualifizierungen ausweisen. Diese werden vom Sozialamt und vom Schulamt geprüft.

Weiter hält er fest, dass die Anzahl der Leistungsberechtigten sowie die Anzahl der Ablehnungen zu Protokoll gereicht werden. Die Ausführung der Verwaltung ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt.

KA Münnich führt aus, dass die größten Leistungen schon bereits vor dem BTP finanziert worden. Aufgrund der geringen Inanspruchnahme der anderen Pakete lässt sich kein großer Mehrwert für die Familien erkennen. Sie teilt mit, dass es wünschenswert sei, wenn z. B. Lernförderung und Teilhabe prozentual mehr in Anspruch genommen werden würde.

Herr Kreisdirektor Richter führt aus, welche Bemühungen die Verwaltung unternommen hat, alle Anspruchsberechtigten durch umfangreiche Informationsanschriften über die Leistungen nach dem BTP in Kenntnis zu setzen.

Der Vorsitzende KA Pätzold hält fest, dass die Zahlen der Leistungsberechtigten sowie die Zahlen der Ablehnungen zu Protokoll geliefert werden.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

|                    |                                                                                           |
|--------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Zu Punkt 6:</b> | <b>Aktivierung gem. § 11 Sozialgesetzbuch XII (SGB XII)<br/>- Vorlage Nr. 50/026/2012</b> |
|--------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------|

Frau Nessler-Mannheim hält die Bemühungen der Verwaltung in Bezug auf die Aktivierung grundsätzlich für positiv. Sie bedauert jedoch, dass zurzeit lediglich in Hilden 4 Personen aktiviert werden. Zudem seien die finanziellen Auswirkungen nicht ersichtlich.

Herr Kreisdirektor Richter erklärt, dass in 2011 für die 4 Aktivierungen in Hilden insgesamt 15.500,00 € bonuswirksam ausgezahlt worden.

KA Schnitzler führt aus, dass er grundsätzlich nicht gegen die Aktivierung ist. Allerdings sieht er hier keinen Mehrwert. Zudem ist für ihn fraglich, ob Kosten durch das Bonussystem eingespart werden können.

KA Münnich erläutert, dass in der Stadt Hilden schon lange Aktivierungen durchgeführt werden und es fraglich ist, warum eine Umsetzung in den anderen KA Städten nicht möglich ist.

KA Ockel erklärt, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag folgen wird. Er sieht die Einbindung der Wohlfahrtsverbände in diesem Themenkreis positiv.

Herr Kreisdirektor Richter teilt mit, dass die Möglichkeiten und Chancen der Aktivierung regelmäßig in Sozialamtsleitertagungen und Sozialdezernentenkonferenzen thematisiert werden. Des Weiteren führt er aus, dass die Städte trotz der Entscheidungen in ihrem eigenen Namen durch den Kreis als Träger nicht aus der Verantwortung für die Durchführungen von Aktivierungen gelassen werden.

Herr Krause dankt den Wohlfahrtsverbänden für ihre Bereitschaft, sich zukünftig intensiver gemeinsam mit den Städten der Thematik widmen zu wollen.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausweitung des für das Jahr 2011 eingeführten Bonussystems auf die Jahre 2012 und 2013 wird zugestimmt.

In einer Sitzung des Sozialausschusses Ende 2014 wird nach erfolgter Evaluation über den Sachstand berichtet.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitliche angenommen**  
**6 Ja-Stimmen CDU-Fraktion**  
**4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion**  
**2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion**  
**2 Ja-Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**1 Ja-Stimme UWG-Fraktion**  
**1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE**

|                    |                                                                                                                                                                                                                                    |
|--------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Zu Punkt 7:</b> | <b>Psychosoziale Betreuung gem. § 16a Nr. 3 SGB II<br/>- Erweiterung der Durchführung und Finanzierung der psychosozialen Betreuung (psB) als kommunale Eingliederungsleistung nach § 16a SGB II<br/>- Vorlage Nr. 50/020/2012</b> |
|--------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

KA Stolz erkundigt sich, warum sowohl das Frauenhaus als auch der Zuschuss an die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt im Rahmen der psychosozialen Betreuung finanziert wird. Herr Kreisdirektor Richter führt hierzu aus, dass die in der Vorlage dargestellten psychosozialen Leistungen (Frauenhaus, Interventionsstelle etc. ) flankierend dazu dienen, die Integrationen dieser Personen in den 1. Arbeitsmarkt voranzutreiben.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

|                    |                                                                                                       |
|--------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Zu Punkt 8:</b> | <b>Programm "ALTERnativen60plus" Pflegestützpunkt im Kreis Mettmann<br/>- Vorlage Nr. 50/028/2012</b> |
|--------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|

KA Stolz lobt die inzwischen gute Vernetzung zwischen den Beteiligten. Trotz der geringen Nachfrage sollte aus ihrer Sicht die Arbeit der Pflegestützpunkte aufrechterhalten und fortentwickelt werden.

Nach Auffassung von KA Ockel muss zunächst noch eine Verfestigung der Angebote der Pflegestützpunkte erfolgen, um eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung zu erzielen. Die Angebote und Ziele müssen jedoch laufend angepasst werden.

Frau Nessler-Mannheim schließt sich diesen Aussagen an und bittet Überlegungen für die künftige Entwicklung anzustellen.

KA Schnitzler sieht die Bedarfe zu dieser Thematik, die aber auch bereits durch die Nutzung anderer Informations- und Beratungsquellen, etwa die städtischen Wohn- und Pflegeberatungsstellen, gedeckt werden.

Herr Kreisdirektor Richter betont die Sinnhaftigkeit des Mettmanner Modells. So konnten die Beschäftigten der AOK und die der städtischen Wohn- und Pflegeberatungen gegenseitig voneinander lernen.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

|                    |                                                                                     |
|--------------------|-------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Zu Punkt 9:</b> | <b>Kommunales Integrationszentrum<br/>- Sachstand<br/>- Vorlage Nr. 50/029/2012</b> |
|--------------------|-------------------------------------------------------------------------------------|

Herr Kreisdirektor Richter berichtet über die Ergebnisse des Gespräches mit den Wohlfahrtsverbänden am 29.08.2012. Er führt aus, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Wohlfahrtsverbände die Einrichtung eines kommunalen Integrationszentrums begrüßen und an einer weiteren Kooperation mit dem Kreis und den Migrantenorganisationen interessiert sind. Nähere Einzelheiten sind der Niederschrift als **Anlage 3** beigelegt.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen

|                                                                                                            |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Zu Punkt 10:      Geänderte Rahmenbedingungen Pflegebedarf Heimplätze<br/>- Vorlage Nr. 50/024/2012</b> |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

KA Schnitzler dankt der Verwaltung für die gute Vorlage. Er hält fest, wie wichtig es ist, sich vor Ort mit den Erkenntnissen zu befassen, um eine Einschätzung der Bedarfslage zu bekommen. Ferner weist er darauf hin, dass bei der Ambulantisierung der Fachkräftebedarf berücksichtigt werden muss. Ebenso muss berücksichtigt werden, dass die Gruppe der Angehörigen, die häusliche Pflege übernehmen, zukünftig kleiner wird. Bei den Bedarfen und Planungen darf nicht nur auf die jeweilige Stadt abgestellt werden, da es letztlich auf die Gesamtsituation im Kreis ankommt.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

|                                                                                                                                                                      |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Zu Punkt 11:      Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu den Konsequenzen aus dem Urteil<br/>des Bundessozialgerichts vom 16.05.2012<br/>- Vorlage Nr. 50/030/2012</b> |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Auf Nachfrage von Herrn Kreisdirektor Richter verzichtet KA Trube auf das Vortragen der Antworten zu den gestellten Fragen. Sie erklärt sich damit einverstanden, die Anfrage zur Niederschrift zu beantworten. Die Ausführungen der Verwaltung hierzu sind daher der Niederschrift als **Anlage 4** beigelegt

|                                    |
|------------------------------------|
| <b>Zu Punkt 12:      Nachträge</b> |
|------------------------------------|

|                                                                                                                                                                        |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Zu Punkt 12.1:    Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 03.09.2012 zum Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung im Kreis Mettmann<br/>- Vorlage Nr. 50/031/2012</b> |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Ebenso auf Nachfrage von Herrn Kreisdirektor Richter erklärt sich KA Trube einverstanden, die Anfrage zur Niederschrift zu beantworten. Die Ausführungen der Verwaltung hierzu sind ebenfalls der Niederschrift als **Anlage 5** beigelegt.

**Nicht öffentlicher Teil**

[...]

**Ende der Sitzung:    17:18 Uhr**

gez.  
**Michael Pätzold**

gez.  
**Melanie Mellinghaus**